Zur Erhebung des Reichsnotopfers

schreibt uns das Reichsfinanzministerium: Unter den Aufgaben, die im Jahre 1921 an die Steuerverwaltung herantreten, steht in vorderster Linie die Erhebung des Reichsnotopfers. Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung haben in mühevollen und auf das äußerste beschleunigten Verhandlungen unter Zurückstellung weitergehender Wünsche die Grundsätze vereinbart, die in der Novelle vom 22. Dezember 1920 Gesetz geworden sind. Damit ist die Bahn frei geworden zur schleunigen Durchführung des Notopfergesetzes, die ihrerseits die notwendige Voraussetzung für die rechtzeitige Veranlagung der Einkommensteuer bildet. Ein abgekürztes Verfahren ermöglicht äußerste Beschleunigung mit dem Vorbehalt, daß jede Veranlagung demnächst sorgfältig nachgeprüft und nötigenfalls berichtigt wird. Die Anforderungen, die diese Sachlage an die Steuerbehörden stellt, sind ungewöhnliche, und es bedarf zugleich der Pflichttreue und der Sachkunde der Beamten um ihnen gerecht zu werden. Der Reichsfinanzminister vertraut, daß alle Dienststellen von diesem Bewußtsein durchdrungen sind und daß alle Kräfte daran gesetzt werden, um die vorläufige Veranlagung des Reichsnotopfers in kürzester Frist durchzuführen. Dabei darf vorausgesetzt werden volles Verständnis für den Grundgedanken des Gesetzes, daß die Abgabe ohne Ansehen der Person als Opfer in der höchsten Not des Reiches zu erheben ist, daß aber unnötige Härten vermieden und Lebensbedürfnisse der Volkswirtschaft geschont werden müssen.

Ein geplanter neuer Polenaufstand

Berlin, 13. Januar. Die deutsche Regierung ist in den Besitz einer Fülle urkundlichen Materials gelangt, aus dem mit Deutlichkeit hervorgeht, in welch umfangreicher Weise von gewissen polnischen Kreisen auf oberschlesischem Boden selbst die militärische Organisation weiter ausgebaut worden ist, auf deren Vorhandensein schon bei Gelegenheit des August-September-Aufstandes hingewiesen worden ist. Der beweiskräftige Teil dieses Materials ist daher der Botschafterkonferenz sowie den alliierten Regierungen in London, Rom und Paris übergeben und dabei erklärt worden, daß die deutsche Regierung sich für verpflichtet hält erneut auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser Seite drohen. Sie hat dies im jetzigen Augenblicke getan, um mit Hilfe der alliierten Regierungen wenn möglich noch den Ausbruch eines erneuten Aufstandes im Abstimmungsgebiet zu verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar geplant zu sein scheint. Sie hat es für ihre Pflicht gehalten, in letzter Stunde vor Taten zu warnen, die eine dem Friedensvertrag entsprechende Abstimmung verhindern und erneutes namenloses Unglück über das bereits über alles Maß vom polnischen Terror gequälte Land bringen würden. Es sei vielmehr an der Zeit dem Terror zu steuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß er durch noch Schlimmeres, den Bürgerkrieg, ersetzt werde.

Sperrung der polnischen Grenze

Kattowitz, 13. Januar. Die Interalliierte Kommission wird in den nächsten Tagen bereits umfangreiche Maßnahmen zur Sperrung der polnischen Grenze treffen. Es werden nur einige besonders bezeichnete Uebergänge, die unter strenger Paßkontrolle stehen, freigelassen werden. An den übrigen Stellen der polnischen Grenze wird das Ueberschreiten der Grenze mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden.

Dr. Simons zur Oberschlesischen Frage

Berlin, 13. Januar. Der Reichsminister des Auswärtigen spricht sich in einer Zuschrift an die „Deutsche Nation" über die oberschlesische Frage aus und weist nach, daß das oberschlesische Problem zugleich ein deutsch-polnisches sei. Mit einem polnischen Staate, der nicht friedliche Beziehungen zu Deutschland hege, gebe es auch keine Ruhe für Polen.

Die oberschlesische Abstimmung

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 14. Januar. Wie die „Frankfurter Zeitung" von angeblich unterrichteter Seite aus Berlin erfährt, ist für die Abstimmung in Oberschlesien der 13. März in Aussicht genommen. An Berliner zuständiger Stelle hält man den angeblichen Termin für wahrscheinlich, aber eine amtliche Mitteilung aus Paris liegt bisher im Auswärtigen Amte noch nicht vor.

Die französische Kabinettskrise

Paris, 13 Jan. (Havas) Zur Ministerkrise wird gemeldet: Zunächst kommen zwei Lösungen in Frage, erstens die Bildung eines Kabinetts unter Peret mit Briand, Poincaré oder Viviani als Minister des Aeußeren, zweitens die Bildung eines Ministeriums durch eine dieser drei Persönlichkeiten, die dann die Ministerpräsidentenschaft mit dem Posten des Ministers für auswärtige Angelegenheiten verbinden soll. Nach den letzten Verlautbarungen dürfte die zweite dieser Möglichkeiten Tatsache werden. Peret wird heute von Millerand befragt werden.

Paris, 13. Jan. Präsident Millerand hat im Laufe des heutigen Vormittags außer dem Präsidenten Raoul Peret, mit dem er sich über die Ministerkrise unterhielt, die Führer der verschiedenen Gruppen des Senats empfangen. Er sprach mit Méline, Selves, Touron und Doumergue, dem Vorsitzenden der demokratischen Linken, der dem Präsidenten, dem „Temps" zufolge, erklärte, er halte Raoul Peret für die geeignetste Persönlichkeit, das neue Ministerium zu bilden. Im Laufe des Nachmittags hat Millerand Viviani und Arago empfangen. Nach dem „Temps" wird er ferner noch mit Herriot und Briand über die Ministerkrise unterhandeln und am Abend noch den Senatspräsidenten Léon Bourgeois empfangen. Das Blatt glaubt nicht, daß Präsident Millerand vor morgen vormittag Peret zu sich berufen werde, um ihm die Kabinettsbildung anzuvertrauen. Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris", er glaube, daß Peret dem Präsidenten der Republik als den für die Regierungsbildung augenblicklich geeigneten Kandidaten Poincaré vorgeschlagen werde. Dieser Name sei schon auf aller Lippen gewesen, als in letzter Zeit zwischen Millerand und Poincaré über wichtige Fragen Meinungsverschiedenheiten herrschten. Millerand werde nicht zögern, wenn das nationale Interesse es erheische, ähnlich zu verfahren, wie Poincaré, als er im entscheidenden Augenblick des Krieges Clemenceau berief. Peret scheint nicht geneigt zu sein, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Jetzt wird als Nachfolger Leygues in erster Reihe Raimond Poincaré bezeichnet. „Echo de Paris" bezeichnet den französischen Botschafter in Rom Camille Barrère als künftigen Außenminister. — „Petit Journal" deutet an, daß Charles du Monde Aussichten habe, Ministerpräsident zu werden. Das „Journal" hält die Kombination Poincaré für die wahrscheinlichste. Er selbst würde Finanzminister, Viviani Außenminister werden.

Paris, 13. Januar. Zum Sturze des Ministeriums Leygues schreibt „Oeuvre", daß die gestrige Abstimmung ein klares Ergebnis gehabt habe. Das Blatt will nicht sagen, daß das Ministerium gegen England gestürzt sei. Aber es sei unzweifelhaft, daß es wegen England gestürzt wurde. Das Parlament wolle England einen geschlosseneren Damm entgegensetzen, als es bisher der Fall war. Die Senatswahlen und die Wiederwahlen Perets zum Kammerpräsidenten geben dem Präsidenten der Republik eine klare Andeutung. — „Depeche de Toulouse" sagt, der nationale Block habe sich gestern bei der Abstimmung gegen das Kabinett sehr einig gezeigt, weil er fühle daß das Land immer mehr von ihm abrückt. — „Le Peuple" stellt die Frage, ob diejenigen, welche die gestrige Krisis hervorriefen, etwa zu neuen Streichen aufforderten und ob die Regierung von morgen, welche die Aufgabe habe, ihre Politik vor den Ministerpräsidenten Englands, Belgiens und Italiens auseinanderzusetzen, mit gebundenen Händen komme um die Zwangsmaßnahmen zu verlangen, auf die Leygues verzichten zu können glaubte, weil er sie nicht für nötig hielt.

Paris, 14. Januar. Präsident Millerand hat gestern nachmittag die Besprechungen mit den Parlamentariern fortgesetzt. In offiziellen Kreisen wird angenommen, daß frühestens heute mittag der neue Ministerpräsident gefunden sein wird.

Paris, 13. Jan. Nach den neueren Havasmeldungen erfolgte die Ablehnung des Vertagungsantrages mit 447 gegen 150 Stimmen.

„Poincaré — Krieg"

Paris, 13 Jan. Das „Journal des Peuple" schreibt: Poincaré — das bedeutet den Krieg! Amerika habe Frankreich im Stiche gelassen, England presse es wie eine Zitrone aus und Italien habe mit solchen inneren Krisen zu kämpfen wie Frankreich. Frankreich stehe einem Deutschland gegenüber, das inzwischen in die Zügel beiße, sowie gegenüber einem zerfleischten, verhungerten, verleumdeten Rußland. Sei das der Augenblick, in dem man Verrückte loslassen wolle?!

Bourgeois wiedergewählt

Paris, 13. Jan. Der Senat wählte in seiner heutigen Sitzung Leon Bourgeois mit 227 von 248 abgegebenen Stimmen wieder zum Senatspräsidenten. Sämtliche ehemaligen Vizepräsidenten wurden neu gewählt.

Regierungswechsel — Ministerkonferenz

Paris, 13 Jan. Wie der „Eclaire" schreibt, ist es nach den Ereignissen, die sich gestern in der Kammer vollzogen haben, wenig wahrscheinlich, daß die Konferenz der interalliierten Premierminister am 19. ds. Mts. stattfindet, wie beabsichtigt war.

Paris, 13. Jan. Nach einer Havasmeldung befürchtet „Westminster Gazette", daß die französische Ministerpräsidentenkrise unvermeidlich zur Vertagung der Pariser Konferenz führen werde, deren Verzögerung schon jetzt eine der Hauptursachen der wirtschaftlichen Krise Europas gewesen sei.

Die Völkerbundsligen

Mailand, 13. Januar. Gestern wurde hier der Kongreß der Liga für den Völkerbund eröffnet an dem deutscherseits der frühere Minister Dr. Dernburg, Professor Jaeckh und Tiedje teilnahmen. Die französischen und englischen Vertreter sind nicht eingetroffen. Diese waren erwartet worden, aber im letzten Augenblicke traf ein Brief von Bourgeois ein, der erklärte, die Annahme der Einladung sei durch einen Irrtum des Sekretärs erfolgt. Die deutschen Vertreter erklärten, sich auf die Teilnahme an den Verhandlungen beschränken zu wollen, ohne über die Erfüllbarkeit des Versailler Vertrages bestimmte Versicherungen abzugeben.

Mailand, 13. Januar. In der gestrigen Sitzung der Völkerbundsvereinigungen sprach nach dem Vorsitzenden Ruffini der österreichische Delegierte Dumba, der die traurige Lage Oesterreichs schilderte. Der deutsche Vertreter Professor Jaeckh erklärte, Deutschland möchte zwar dem Völkerbunde beitreten, doch keinesfalls als unerwünschter Gast. Der italienische Delegierte Zanni sagte, Italien müsse die Sicherheit haben, daß es zu keiner habsburgischen Restauration komme.

Italiens Haltung

Rom, 13. Jan. Giolitti wird Freitag in Rom eintreffen. Am Sonnabend wird ein Ministerrat stattfinden, in dem vor allem die Haltung Italiens zur Interalliierten Konferenz in Paris geprüft werden wird. In den großen Grundzügen ist diese Haltung schon bekannt, und eine Abweichung ist kaum zu erwarten. Was die Entwaffnungsfrage betrifft, so ist Italien der Meinung, man müsse der tatsächlichen Lage in Bayern und in Ostpreußen Rechnung tragen. In der Reparationsfrage ist die italienische Oeffentlichkeit darüber einig, daß es nicht gerecht ist, über Deutschland das Damoklesschwert einer unbekannten Entschädigungssumme zu halten, daß es vielmehr auch im allgemeinen Interesse liege, sobald wie möglich eine Pauschalsumme festzusetzen, denn Deutschland werde auch zahlungslustiger werden, wenn es seine Schuld kennen werde. In der türkischen Frage wird sich Italien für eine Revision des Vertrages von Sèvres aussprechen.

Der neue Präsident des Völkerbundes

Paris, 13. Januar. In Ausführung eines gemeinsamen Beschlusses des Völkerbundsrates hat der bisherige Präsident des Rates Hymans den Vorsitz an den brasilianischen Botschafter de Cunha abgegeben.

Bevorstehende Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Beziehungen

Berlin, 13. Januar. Die amerikanische Botschaft in Berlin wird seit letzten Montag instand gesetzt. Die Renovierung der Innenräume soll nach den erteilten Anordnungen bis Ende März beendet sein.

Genf, 13. Januar. Laut „Figaro" meldet „Newyork Sun", daß Wilson über die Durchführung der Entwaffnung in Deutschland den Bericht der italienischen Kommission durch Vermittlung des Botschafters in Rom eingefordert hat.

Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen

Newyork, 12. Jan. Das Kriegsdepartement hat angeordnet, daß die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinlande von 15000 auf 8000 Mann herabgesetzt wird.

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall

London, 14. Jan. Nach einer Reutermeldung aus Washington ist der Befehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte in Asien, Admiral Gleaves von Shanghai nach Wladiwostock abgereist, um über die augenblickliche Erschießung eines amerikanischen Marineoffiziers durch eine japanische Schildwache eine Untersuchung anzustellen.

Tschitscherin über Rußlands friedliche Absichten

Der Rigaer Berichterstatter der „Dena" meldet: Der russische Sowjetvertreter in Lettland hat folgendes Zirkular-Telegramm vom Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin erhalten: „Die Kampagne der ausländischen Presse, die systematisch verleumderische Nachrichten über angebliche aggressive Absichten unsererseits verbreitet, hat in letzter Zeit einen dermaßen zügellosen Charakter angenommen, daß sie uns hinsichtlich der Stabilität der internationalen Lage und der gegen uns gerichteten Pläne unserer Feinde ernstliche Besorgnis einflößt. Diese Kampagne hat bereits den Weg aus den Spalten der Presse zu amtlichen Meldungen gefunden. So hat zum Beispiel der Vorsitzende der polnischen Delegation in Minsk eine, aus uns vollkommen unbekannter Quelle stammende Provokationsnachricht übermittelt, wonach angeblich Rußland beabsichtige, die Rigaer Verhandlungen abzubrechen und die polnische Delegation verhaften zu lassen. Ferner meldet ein Nauen-Funkspruch, daß Lenin in einer Rede auf dem achten Rätekongreß gesagt haben soll, Rußland müsse nunmehr alle Kräfte zu einem neuen Krieg für die Weltrevolution sammeln. Solche Worte hat Lenin nie geäußert. Wiederholt gehen den Regierungen unserer Nachbarstaaten aus ebenfalls unbekannten Quellen stammende Nachrichten über eine angebliche Konzentrierung russischer Truppen an den Grenzen zu. Alle diese Verleumdungen, Unterstellungen und Insinuationen sind einzig und allein das Werk unserer Feinde, welche mit allen Mitteln bestrebt sind, unsere aufbauende Friedensarbeit zu untergraben, und es muß mit aller Energie betont werden, daß sowohl der achte Rätekongreß wie überhaupt unser gesamtes gegenwärtiges Staatsleben voll und ganz von den Aufgaben einer wiederaufbauenden Friedensarbeit durchdrungen ist. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind gutnachbarliche Beziehungen sowie reger Warenaustausch mit allen und insbesondere mit den uns benachbarten Staaten unbedingt notwendig." — Dieses Telegramm wurde vom Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten an alle Sowjetvertreter im Auslande übersandt.

Lenin tot?

Paris, 14. Januar. Die französische Presse bringt angeblich aus Moskau die Nachricht von dem Tode Korpos. Korpos ist das ehemalige Pseudonym Lenins. Die deutschen Aerzte, die nach Moskau berufen wurden, seien nach Berlin zurückgekehrt, ehe sie die Grenze erreicht hatten.

Ein Gefecht auf dem Schwarzen Meer

Paris, 13. Januar. Eine Havasmeldung aus Konstantinopel berichtet: Das französische Torpedoboot „Sakalav" sei bei Nowarossik von einem bolschewistischen Dampfer angegriffen worden. Das Torpedoboot hat das Feuer erwidert und einen Treffer auf den Dampfer erzielt, der an der Küste strandete.

Ein Suezkanal-Tunnel

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

London, 14. Januar. Man geht mit dem Gedanken um, unter dem Suezkanal einen Tunnel durchzuführen. Durch diesen Tunnel wird man eine regelmäßige Eisenbahnverbindung zwischen Palästina und Aegypten unterhalten können. Der Tunnel soll die Stelle der bei Kantara während des Krieges errichteten Drehbrücke einnehmen, die jetzt als ein ernstliches Schiffahrtshindernis gilt.

Die [illegible] Deutschland—Italien

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung")

Rom, 14. Januar. Das deutsche Konsulat in Genua ist wieder eröffnet worden. Interimistischer Konsul ist der Legationssekretär Thomas.

Der Krieg um den Happen

Wien, 14. Jan. Die Konferenz über die Liquidation der österreichisch-ungarischen Bank wurde heute im Beisein eines Vertreters der Reparationskommission eröffnet und nach kurzem Meinungsaustausch bis zum 15. Januar vertagt, um allen Parteien zu ermöglichen, konkrete Vorschläge zu machen.

Neue deutsch-belgische Verhandlungen

Berlin, 13 Jan. Der Staatssekretär Schröder im Reichsfinanzministerium begibt sich heute mit den Sachverständigen Max Warburg-Hamburg und Direktor Urbig nach Brüssel, um die Verhandlungen mit der belgischen Regierung über das in deren Besitz befindliche deutsche Papiergeld aufzunehmen. Staatssekretär Bergmann, der in den letzten Tagen eingehende Besprechungen mit den Reichsstellen über die von ihm in Paris geführten und in Brüssel zu führenden Verhandlungen gehabt hat, kehrt, wie verlautet, heute nach Paris zurück.

Der japanische Botschafter für Deutschland

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Paris, 14. Januar. Der japanische Botschafter für Deutschland Exzellenz Eki Hiki ist auf der Durchreise nach Berlin in [illegible] nach Berlin weiter.

Die deutsche Ministerkonferenz

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 14. Januar. Die Verhandlungen zwischen den Ministern der Reichsregierung haben gestern noch nicht ihren Abschluß gefunden. Das Reichskabinett als solches hat zu den Beschlüssen der Konferenz keine Stellung genommen. Es ist aber gestern zwischen den Finanzministern und Mitgliedern der Reichsregierung verhandelt worden. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch die Gewerkschaftsführer hinzugezogen werden.

Zur Mecklenburger Regierungskrise

Rostock, 13. Januar. Wie der „Rostocker Anzeiger" aus Schwerin meldet, haben in ihrer Besprechung am Mittwoch abend die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Wirtschaftsbundes beschlossen, das bisherige Ministerium wiederzuwählen und somit ihre Stimmen bei der Wahl des Ministerpräsidenten am Freitag für Professor Dr. Reincke-Bloch abzugeben.

Die Berliner Oberschulratswahl

Berlin, 13 Januar. In der heutigen Stadtverordnetensitzung erhielt bei der Abstimmung über die Wahl des Oberschulrates der Pädagoge Wilhelm Paulsen 115 Stimmen der Linken, während der Stadtschulrat Rebmann-Berlin 13 Stimmen der Demokraten erhielt. Die Rechte hatte sich der Abstimmung enthalten.

Zur Tabaksteuerfrage

Berlin, 13. Januar. Zu der durch die Presse gegangenen Notiz über eine Ermäßigung der Tabaksteuer weist der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller E. V. in Berlin darauf hin, daß die im Tabaksteuergesetz festgelegte Steuer bis zum 1. April 1921 für Zigarren nur 25 und für Zigaretten nur mit 50 Prozent erhoben wurde und daß durch Verfügung des Reichsfinanzministeriums vom 27. Dezember 1920 („Reichsanzeiger" Nr. 1) die bis zum 1. April 1921 zugestandene Ermäßigung der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1921 für Zigarren von 75 auf 65 Proz. und für Zigaretten in den fünf höchsten Steuerklassen von 50 auf 30 Prozent herabgesetzt wird. Durch diese Herabminderung der bisher zugestandenen Ermäßigung ist also tatsächlich eine Erhöhung der Tabaksteuer eingetreten.

Kleine Nachrichten

Nach neuerlich eingegangenen Nachrichten hat die Schweiz vom Erlasse eines Einfuhrverbotes für Papier, Pappe und Waren daraus, sowie für Gold- und Silberschmiedearbeiten und unechte Bijouteriewaren vorläufig Abstand genommen.

In Salzweg bei Passau stürzte ein Stadelneubau ein, als sämtliche Arbeiter am Dachstuhl arbeiteten. Ein Zimmermeister und ein Zimmermann wurden getötet, sowie gegen 10 Arbeiter schwer verletzt.

Den Blättern zufolge erstreckt sich der Poststreik auf ganz Oesterreich.

Wie der „Matin" aus London berichtet, ist das Parlamentsmitglied, Vertreter der Sinnfeiner Walsh, zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Der Geheime Finanzrat Ministerialdirektor Dr. Boltmann scheidet demnächst aus seiner Stellung im preußischen Finanzministerium aus, um in den Dienst des Freistaates Danzig überzutreten. Er übernimmt dort die Verwaltung der Finanzen.

Sicherem Vernehmen nach verlautet, daß der Saarbrücker Polizeipräsident Bostetter seitens der Saarregierung seines Amtes enthoben worden ist. Bostetter entstammt einer altelsässischen Familie ist also „de pur sang" und war zur Zeit der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Franzosen Kreisdirektor (Amtshauptmann) in Diedenhofen. Er wurde jedoch trotz seiner Staatsangehörigkeit durch die Franzosen verhaftet und zum Gaudium der Diedenhofer Bevölkerung in Begleitung von 2 Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr, zum Gefängnis gebracht. Später scheint er wieder in Gnade aufgenommen worden zu sein, denn man bot ihm die Stelle als Polizeipräsident von Saarbrücken an, die er auch annahm. Seiner Militärpflicht genügte Bostetter bei den bayrischen Chevauxlegers in Saargemünd, wo er auch zum Leutnant befördert wurde.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die vom Grafen E. Reventlow herausgegebene Wochenschrift „Der Reichswart" auf 3 Monate verboten. Ferner hat sie den Vertrieb der Broschüren des englischen Pazifisten E. D. Moré „Der Schrecken am Rhein" und „Die schwarze Pest in Europa" im besetzten rheinischen Gebiet untersagt.